

# dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 11 2024

NOVEMBER/DEZEMBER 2024

Die Kassen sind angeblich leer, „Rekordpleiten“ bei Unternehmen soll es geben und die Wirtschaft wächst, wenn überhaupt, nur um winzige 0,1 Prozent. Dem entgegen steht ein anderes Phänomen: Im Frankfurter Bahnhofsviertel schlugen sich etliche Menschen die Nacht um die Ohren, um eine Tafel der so genannten „Dubai-Schokolade“ zu ergattern. Kostenpunkt: Stolze 15 Euro die Tafel. Geld ist also offensichtlich da – selbst für unnötige Dinge. Die Landesregierung gönnt sich zusätzliche Ministerien und Staatssekretäre. Aber bei den Beamten soll gespart werden.

## Kein weiteres Sonderopfer für Beamte!



180 Beamtinnen und Beamte haben am 21. November in Wiesbaden an einer Demonstration gegen die Sparpläne der Landesregierung bei der Beamtenbesoldung teilgenommen und ihren wütenden Protest gegen die Pläne, eine bereits gesetzlich festgeschriebene Besoldungserhöhung im

## Inhaltsverzeichnis

Demonstration gegen Besoldungsspardiktat	Seite 1
Argumentation der Landesregierung irreführend – Pressemitteilung	Seite 2
Geltendmachung von Besoldungsansprüchen für 2024	Seite 2
Empörung über Besoldungsspardiktat - Pressemitteilung	Seite 4
Das Vertrauen in Regierung ist weg - Pressemitteilung	Seite 6
Bundesspitze der dbb Frauenvertretung in Wiesbaden	Seite 7
Gespräch mit dem Justizminister	Seite 8
Dienstrechtsausschuss tagte	Seite 9
Gespräch mit dem Finanzminister	Seite 9

**++Eilt++Eilt++Eilt++Eilt++Eilt++**

### Aufruf zur Demonstration!

Am Dienstag, **10. Dezember, 12 Uhr**, auf dem **Dern'schen Gelände** in **Wiesbaden**.

kommenden Jahr um vier Monate zu verschieben, zum Ausdruck gebracht. Aufgerufen zu der Kundgebung auf dem Dern'schen Gelände nahe dem Hessischen Landtag hatte der dbb Hessen.

Der dbb Hessen hatte eine von der Fraktion der FDP beantragte aktuelle Stunde im Landtag zur Besoldungspolitik der Landesregierung als Aufhänger für die Demonstration genutzt. **Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck** kam hinzu, ebenso wie die **Generalsekretärin der SPD, Josefine Koebe** sowie **FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Stefan Naas** und der innenpolitische Sprecher der Liberalen, **Moritz Promny**.



**Innenminister Poseck** versuchte in seiner Ansprache an die Demo-Teilnehmer, um Verständnis für das Sparvorhaben zu werben. Was jedoch misslang: Statt Verständnis ertete er Buh-Rufe und höhnisches Gelächter. **Promny** kritisierte die falsche Prioritätensetzung der Landesregierung bei der Ausgabenplanung – Geld sei aus seiner Sicht genügend vorhanden, es werde nur falsch verteilt.

Dies bekräftigte **Dr. Naas** nachdrücklich.

In seiner Ansprache erneuerte der **dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt** seine

scharfe Kritik an der Regierung. „Ein bereits beschlossenes Gesetz mit einem Federstrich wieder einzukassieren, und das im mittlerweile elften Jahr verfassungswidriger Besoldung, ist ein massiver Vertrauensbruch.“ **Moritz Otto, dbb Jugend**, stellte die verheerenden Folgen für die Nachwuchsgewinnung vor.

Der Großteil der Demonstranten war in seiner Freizeit zur Kundgebung gekommen, da Beamtinnen und Beamte kein Streikrecht haben. Sie hatten also Urlaub genommen oder Überstunden aufgewendet. Auch einige Tarifbeschäftigte beteiligten sich solidarisch an der Aktion.

### Pressemitteilung vom 25. November:

Die **Argumentation** der **Landesregierung** bezüglich der im **kommenden Jahr** vorgesehenen **Besoldungsanpassungen** ist **irreführend**. „Innen- und Finanzminister sowie die Regierungsfractionen machen nicht hinreichend klar, dass es sich lediglich um einen Standardvorgang handelt, nämlich die Übertragung eines ausgehandelten Tarifergebnisses für die Landesbeschäftigten auf die Beamten“, erläutert Schmitt.

### Wichtige Information!

Bezüglich der **Geltendmachung / Wahrung von Besoldungsansprüchen für das Haushaltsjahr 2024** hat der dbb Hessen am 25. November die Fachgewerkschaften schriftlich informiert. Mitglieder wenden sich daher bitte an ihre Fachverbände.

Dass im kommenden Jahr lineare Anpassungen in einer durchaus respektablen Größenordnung von 4,8% bzw. 5,5% vorgesehen sind, geht auf den Tarifvertrag für die hessischen Landestarifbeschäftigten vom März 2024 zurück, mit dem die hohen Inflationsraten der zurückliegenden Jahre ausgeglichen werden sollen.



Das Wirksamwerden der Anpassungen geschieht also nach bisheriger gesetzlicher Regelung ohnehin erst 12 bzw. 18 Monate nach Auslaufen des alten Tarifvertrags (31.01.2024) und 14 bzw. 20 Monate nach der letzten Besoldungserhöhung (01.01.2024). In der Zeit dazwischen waren lediglich Inflationsausgleichszahlungen von insgesamt max. 3.000 Euro gezahlt worden.

Die Beschäftigten in Bund, Kommunen und den Bundesländern außer Hessen hatten ihre Einkommensrunden bereits 2023 abgeschlossen, und zwar in gleicher Höhe.

Auch dort wurde die Übertragung der Ergebnisse auf die Beamten durchweg gesetzlich verabschiedet. Hessen ist sogar der einzige Rechtskreis bundesweit, der nun den Zeitpunkt der Besoldungserhöhung verschieben will! All' das vermischen wir in der Argumentation der Landesregierung.

**Von der Landesregierung wird auch nicht dargestellt, dass die beabsichtigte Verschiebung der Anpassung vom 1.8.2025 auf den 1.12.2025 die Inflationsausgleichszahlungen teilweise wieder aufzehrt.** Damit werden den Beamten in den untersten Besoldungsgruppen rd. 400 Euro bis weit über 1.000 Euro in der Spitze der A-Besoldung wieder weggenommen.

Auch, dass die schwarz-grüne Landesregierung die Statusgruppen Tarifbeschäftigte und Beamte in der 19. Legislaturperiode schon einmal auseinanderdividiert hat, darf nicht verschwiegen werden. Die Nullrunde 2015 und die Anpassung 2016 um lediglich 1% bei den Beamten finden seitens der Landesregierung keinerlei Beachtung mehr, obwohl sie dem Landeshaushalt über die Jahre mehr als 2 Mrd. Einsparung brachten. Erst seit 2017 wurden die Tarifergebnisse wieder auf Beamte übertragen.

„Hinzu kommt, dass nach Feststellung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel vom November 2021 die Besoldung der hessischen Beamten als bereits seit 2013 deutlich verfassungswidrig eingestuft wurde“, sagt Heini Schmitt.

Zwar ist der Vorlagebeschluss vom BVerfG noch nicht entschieden, es bestehen jedoch keine Zweifel, dass mit den per Besoldungsgesetz 2023/2024 beschlossenen Anpassungen um 2 x 3% die vom VGH für das Jahr 2020 festgestellte, um 24,3% zu niedrige Besoldung eines Beamten am unteren Rand des Besoldungsgefüges längst nicht repariert ist.

Dies hatte die Landesregierung in der Begründung des Besoldungsgesetzes 2023/2024 auch ausdrücklich selbst festgestellt und weitere Schritte für notwendig erachtet.



**Dafür gab es dann auch vor der Landtagswahl konkrete und im Koalitionsvertrag wenigstens noch abgeschwächte Zusagen.** „Doch schon die erste Gelegenheit, mit dem Nachtragshaushalt 2024 den nächsten Schritt zu verabschieden, wurde ausgelassen“, sagt Heini Schmitt.

Die nächste Gelegenheit, das Haushaltsgesetz 2025, soll nun statt für weitere von der Verfassung dringend gebotene Erhöhungen für die in Rede stehende Verschiebung genutzt werden.

„Die Landesregierung verschweigt in der jetzigen Debatte auch völlig, dass wir seit 2015 angemahnt hatten, Rücklagen zu bilden“, erinnert Heini Schmitt.



Sie stellt auch die erst in dieser Legislaturperiode beschlossenen Mehrausgaben in Milliardenhöhe bspw. für die HeLaBa und das Hessengeld nicht einmal in Teilen auf den Prüfstand, obwohl das BVerfG einen „Quasi-Kassensturz“ verlangt, wenn eine Regierung die Beamten zur Haushaltskonsolidierung heranzieht.

**Es kann auch nicht unwidersprochen stehenbleiben, dass die jetzige Haushaltssituation wie „scheinbar vom Himmel“ gefallen sei. Vielmehr haben alle**

**Fakten auf eine solche Entwicklung hingedeutet, und zwar schon im letzten Jahr.**

„Unter all’ diesen Gesichtspunkten könnte fast schon der Eindruck entstehen, dass das Besoldungsgesetz 2023/2024 lediglich eine Beruhigungsspielle für die Beamten vor der Landtagswahl gewesen sein soll“, erklärt Heini Schmitt. „Offenbar hofft man darauf, dass sich die Gemüter der Beamten bis zur nächsten Landtagswahl wieder beruhigen werden. Angesichts der Dimension des Vertrauensverlusts dürfte das aber wohl nicht geschehen“, prophezeit Heini Schmitt.

Es könnte der Landesregierung auch auf die Füße fallen, wenn das Bundesverfassungsgericht im Klageverfahren des dbb Hessen abschließend urteilen wird. „Wir gehen davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs bestätigen wird“, sagt Heini Schmitt. Das würde bedeuten, dass sich das Land neben der nach wie vor zu leistenden Anhebung der Besoldungstabelle (um den Mindestabstand von 15 Prozent zur Grundsicherung herzustellen) zusätzlich mit erheblichen rückwirkenden Entschädigungen konfrontiert sehen wird.

**Was die Beamten ebenfalls nun alarmiert und aufgebracht hat, ist die Unverfrorenheit, mit der ein wenige Monate zuvor beschlossenes Gesetz in Teilen wieder einkassiert werden soll.**

„Wenn die verabschiedeten Gesetze nach so kurzer Zeit nicht mehr gelten sollen, ist das ein höchst alarmierendes Signal dahingehend, dass möglicherweise auch andere Gesetze nach Kassenlage einkassiert werden könnten“, ist Schmitt besorgt. „Das könnte der Anfang eines echten Dammbrechts sein.“

Von dem verheerenden Signal auf die Bürgerinnen und Bürger sowie auf die jungen Menschen, die vor der Entscheidung stehen, eine Beamtenlaufbahn in Hessen anzustreben, ganz zu schweigen.

### **Empörung über Spardiktat der Landesregierung nach zwei Tagen noch größer**

Der Ärger über die Sparpläne der hessischen Landesregierung ist bei den Bediensteten zwei Tage danach noch größer geworden, weil nun die gesamte Tragweite analysiert worden ist. Zwei Tage, nachdem **Innenminister Poseck** und **Finanzminister Lorz (beide CDU)** die Gewerkschaften kurzfristig über die Verschiebung des zweiten Übernahmeschritts des Tarifabschlusses auf die Besoldung von August auf Dezember informiert hatten, nutzte **Landesvorsitzender Heini Schmitt** die Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung, um seinem Ärger abermals Luft zu machen.

„Da ist etwas zerbrochen“, sagte er den 55 Mitgliedern der Frauen-Hauptversammlung aus der ganzen Bundesrepublik. Denn für ihn steckt hinter dem Spardiktat, welches der Landesregierung 180 Millionen Euro einsparen soll, viel mehr: „Wenn sich Beamte nicht mehr auf Regierung und Gesetze verlassen können, dann geht in diesem Land etwas den Bach runter.“

Hintergrund: Die Übertragung des Ergebnisses des TV-H auf die Besoldung ist ein Standardvorgang, auf den sich der dbb Hessen und die Landesregierung seit 2017 wieder geeinigt hatten. „Dieser Standardvorgang wurde kassiert“, so Schmitt. Außerdem wurden die Statusgruppen Arbeitnehmer und Beamte gespalten und den Beamten wurde ein nennenswerter Teil der geleisteten Inflationsausgleichszahlungen wieder weggenommen. „Da wurde vor zwei Tagen ein Scherbenhaufen produziert.“

„Wir befinden uns im 11. Jahr verfassungswidriger Unteralimentation in Hessen“, fehlt Schmitt daher jedes Verständnis für den Vorstoß. Bis vor das Bundesverfassungsgericht hatte sich der dbb Hessen in den vergangenen Jahren geklagt, um die Landesregierung dazu zu bewegen, diesen Missstand endlich zu beheben, den sie selbst herbeigeführt hatte. „Seit 2015 haben wir angemahnt, für diesen Fall Rücklagen zu bilden“, so Schmitt.



Dabei hatte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Rechtauffassung des dbb Hessen in einer Entscheidung am 30. November 2021 bestätigt. Demnach fehlen einem Beamten der Besoldungsstufe A6 in der ersten Stufe 24,3 Prozent zu einer verfassungskonformen Besoldung.

Dass die Regierung sich daraufhin, wenn auch zaghaf, auf den Weg gemacht hatte, dies zu beheben, hatte der dbb Hessen durchaus goutiert.

Schmitt sieht das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Landesregierung „auf Dauer beschädigt, wenn nicht sogar zerstört“. Damit stünde auch alles Weitere, was bislang als verlässlich galt, auf tönernen Füßen. „Das ist ein Skandal.“

Zwar ist es bis zur nächsten Landtagswahl noch etwas hin, dennoch müsse „jeder Abgeordnete der Regierungsparteien in seinem Wahlkreis von den Beamten zur Rede gestellt werden“, sagte Schmitt. Das verloren gegangene Vertrauen wieder herzustellen, werde, wenn es überhaupt gelingen könne, Jahre brauchen.

Die Kritik entgegen nehmen musste **Sozialministerin Heike Hofmann (SPD)**, die für ein Grußwort zur dbb Frauenvertretung gekommen war, wenngleich sie und ihre Partei sich erst seit Beginn der Legislaturperiode nach langer Abstinenz in Regierungsverantwortung wiederfindet.

Den von ihr gezogenen Vergleich, das Beamtentum biete im Vergleich zur freien Wirtschaft einen sicheren Arbeitsplatz (illustriert durch das Beispiel Einsparungen bei VW in Baunatal), ließ **Volker Geyer, der dbb Vize-Bundesvorsitzende**, nicht gelten. „Jeder Beamte leistet jede Woche seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, weil er länger arbeitet als Tarifbeschäftigte, insbesondere bei VW.“



Heini Schmitt erinnerte zudem daran, dass VW während der Pandemie trotz Kurzarbeit die höchsten Gewinne der Unternehmensgeschichte einfuhr und dass die dortigen Beschäftigten im Vergleich zum öffentlichen Dienst bislang erheblich bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen hatten. „Das beklagen wir nicht“, sagte er. „Aber dann, wenn die Krise kommt, das Beste aus zwei Welten haben zu wollen, kann bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht nachvollzogen werden.“

(Pressemitteilung dbb Hessen vom 15. November)

### Erneutes Sonderopfer – Vertrauen in die Regierung ist weg

Selbst verabschiedete Gesetze zur Übertragung von Tarifergebnissen sind nicht mehr belastbar. „Worauf sollen sich die hessischen Beamtinnen und Beamten bei dieser Landesregierung überhaupt noch verlassen können?“, empört sich der **Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt**. „Wie sollen wir noch für Vertrauen in diese Landesregierung werben können, ohne unsere eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren?“

Erste Reaktionen aus der Beamtenschaft zeigen deutlich: „Stinksauer sind die Beamten, wütend sind sie, das ist den bereits jetzt schon zahlreichen Reaktionen in unsere Richtung zu entnehmen“, sagt Schmitt mit Blick auf ein weiteres Sonderopfer, das ihnen abverlangt werden soll. So haben **Innenminister Poseck und Finanzminister Lorz (beide CDU)** am Nachmittag des 12. November Gewerkschaftsvertretern ihre Sparbeschlüsse für den kommenden Haushalt vorgestellt.

„Dabei wurden zu Beginn der schwarz-roten Landesregierung massiv Ausgaben beschlossen, die jedoch nun nicht zur Disposition stehen. Etwa ein weiteres Ministerium, weitere hochdotierte Posten, eine Milliardenbürgschaft für die Helaba oder das Hessengeld“, zählt Heini Schmitt auf. Zum anderen werde mit dieser Entscheidung das Vertrauen in die politische Zusammenarbeit zutiefst erschüttert. Bislang galt unumstößlich, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen 1:1 auf die Beamten übertragen werden. „Dies mit einer solchen Entscheidung nachträglich infrage zu stellen, auch wenn es sich vermeintlich „nur“ um eine Verschiebung um vier Monate handelt, wird seitens der Beamtenschaft geradezu als eklatanter Wortbruch wahrgenommen“, so Schmitt.

„Seit 2015 haben wir die Landesregierung darauf hingewiesen, Rücklagen zu bilden, um die Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung finanzieren zu können. Schon aufgrund dieser Umstände ist diese Ankündigung ein Hammer“, sagt Heini Schmitt. „Spätestens nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel vom 30. November 2021 war dies völlig klar und absehbar.“

Nun soll – wieder einmal! - auf dem Rücken der Beamten Haushaltskonsolidierung betrieben werden, indem man die bereits für August 2025 gesetzlich beschlossene Anpassung der Beamtenbesoldung an den Abschluss des TV-H um vier Monate auf den 1. Dezember 2025 verschiebt. Damit sollen 180 Millionen Euro eingespart werden. „Wer so mit den Bediensteten umgeht, die diesen Staat am Laufen halten und letztlich für den Erhalt unserer Demokratie einstehen, setzt ein fatales Signal“, sagt Schmitt.

(Pressemitteilung dbb Hessen vom 12. November)

## Bundesfrauenvertretung des dbb tagte in Wiesbaden

Auf ihrer Tagung in Wiesbaden tauschten sich die dbb frauen mit Vertreterinnen und Vertretern der hessischen Landesregierung aus.

„New Work, das bedeutet Selbstbestimmung, Sinnstiftung und Agilität“, betonte **Milanie Kreutz, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung** am 14. November 2024 auf der Hauptversammlung der dbb frauen in Wiesbaden. „Damit die Frauen den vollen Nutzen aus New Work ziehen können, müssen mehrere Mechanismen greifen“, erklärte Kreutz.

New Work sei mehr, als den Beschäftigten einen Laptop mit nach Hause zu geben. Kreutz forderte ein generelles Umdenken bei der Arbeitszeit: „Arbeitgebende müssen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit ermöglichen. Wir müssen weg vom Dogma der Präsenzpflcht, in dem Arbeitszeit einen höheren Stellenwert als die eigentliche Arbeitsqualität hat.“ Die dbb frauen Chefin appellierte, zügig zu handeln. „Die Technik ist da und der Bedarf ist da. Jetzt brauchen wir sinnvolle Rahmenbedingungen von der Politik und Umsetzungswillen von den Arbeitgebenden.“



Darüber hinaus erleichtert New Work Frauen den Zugang zu Führungspositionen. Kreutz weiter: „Führen gelingt auch in Teilzeit, als Jobsharing oder remote. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie Frauen Führung übernehmen können.“ Da Frauen den Großteil der Sorgearbeit verrichten und dadurch häufiger Schwierigkeiten haben, Familie und Karriere miteinander zu vereinbaren, profitieren gerade sie von der neuen Flexibilität. Bei all den neuen Chancen dürfen jedoch nicht die zugrundeliegenden Probleme aus dem Sichtfeld geraten. „Die Frage, wie Familie und Karriere

miteinander vereinbar sind, darf kein primäres Frauenthema mehr sein. Wir müssen grundsätzliche Probleme wie die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit ebenfalls anpacken, um langfristige und strukturelle Veränderungen zu erzielen“, machte Kreutz deutlich.

**Heike Hofmann, Hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales**, machte deutlich: „Wir alle sind mit einer Arbeitswelt konfrontiert, die sich ständig wandelt. Digitalisierung und Fachkräftemangel sind Herausforderungen, die nur mit nachhaltiger und gleichstellungsorientierter Personalpolitik zu stemmen sind. Noch immer bleibt ein großes Potential hervorragend qualifizierter Frauen unberücksichtigt. Wir brauchen einen Wandel in unserer Arbeitskultur, das heißt, noch mehr Arbeitszeitmodelle, damit Frauen und Männer gleichermaßen Zeit für die Familie haben, außerdem teilende Führung und Teilzeitführung. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Gleichstellung in der Berufswelt tragen den aktuellen Entwicklungen Rechnung. Wir als Landesregierung setzen uns intensiv dafür ein, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung zu erhöhen. Den dbb Frauen danke ich persönlich für ihr Engagement im Interesse der weiblichen Beschäftigten.“

## Resolution der Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen in Bruchköbel

Kein erneutes Sonderopfer für die hessischen Beamtinnen und Beamten!

Die Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen fordert die Landesregierung auf, die geplante Verschiebung der Besoldungsanpassung zu überdenken und sicherzustellen, dass die zweite Stufe der Anpassung der Beamtenbesoldung an den Abschluss des TV-H für die hessischen Beamtinnen und Beamten zum 1. August 2025 umgesetzt wird (wie es bereits seit Mai 2024 durch Gesetz beschlossen ist).

Die geplante Verschiebung um vier Monate hat weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die finanzielle Situation von Beamtinnen und Beamten. Diese Entscheidung trifft nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt, sondern hat insbesondere für Frauen gravierende negative Auswirkungen.

Frauen im öffentlichen Dienst sind besonders häufig mit Herausforderungen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Pflege von Angehörigen konfrontiert. Eine verzögerte Besoldungsanpassung würde diese Belastungen zusätzlich verstärken und das Vertrauen in eine faire Bezahlung und Anerkennung von Arbeitsleistungen weiter erschüttern. Äußerst problematisch ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Frauen überdurchschnittlich oft in unteren und mittleren Besoldungsgruppen und/oder in Teilzeit arbeiten und daher von einer Besoldungsverschiebung in finanzieller Hinsicht besonders betroffen sind.

Eine weitere Verzögerung der Besoldungsanpassung gefährdet nicht nur das Wohl der Beschäftigten, sondern auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt. Es ist dringend notwendig, dass die Leistungen der Beamtinnen und Beamten, insbesondere in Krisenzeiten, angemessen honoriert werden.

## Korrektur: Vorstand der Seniorenvertretung

Bei der Berichterstattung zum 2. Seniorentags in Aßlar haben wir in der letzten Ausgabe der dbb Nachrichten einen Namen nicht vollständig gedruckt. Neu in den Vorstand wurde dort **Anna Maria Eilberg-Schilling** von der Steuergewerkschaft DSTG gewählt.

## Gespräch mit Justizminister



**Christian Heinz** (links) ist neu als Chef des Justizministeriums und seit Jahresbeginn im Amt. Am 5. November fand nun das mit langem Vorlauf geplante Antrittsgespräch mit dem dbb Landesvorsitzenden **Heini Schmitt** und den stellvertretenden Landesvorsitzenden **Julika Lückel** und **Christian Poplutz** im Wiesbadener Justizministerium statt. Neben den Themen Personal- und Fachkräftemangel im Justizbetrieb, den auch das Land Hessen – wie alle Bundesländer – zu spüren bekommt, sprach die dbb-Delegation auch das Thema Alimentation an

(das Treffen hatte noch vor Bekanntwerden der Sparpläne (s.o.) stattgefunden).



## Dienstrechtsausschuss tagte in Frankfurt



Das Thema Beihilfe beschäftigt die Verbände und Gremien des dbb Hessen seit geraumer Zeit intensiv. Kein Wunder also, dass darüber auch bei der jüngsten Sitzung des Dienstrechtsausschusses unter Leitung der stellv. Landesvorsitzenden Julika Lückel am 6. November in der Geschäftsstelle des dbb in Frankfurt ausgiebig diskutiert wurde. Hintergrund ist, dass seit Längerem die Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen sich extrem verlängert haben – auf bis zu neun Wochen und vereinzelt darüber hinaus. Auch der Aspekt der Beihilfe bei Personen mit Pflegebedarf

oder anderweitigem Pflegehintergrund wurde diskutiert.

Ein weiteres Thema war die Alimentation. Der dbb **Landesvorsitzende Heini Schmitt** erörterte den Sachstand mit den Teilnehmern ausführlich, auch im Vergleich zu anderen Rechtskreisen, denn das Thema Alimentation beschäftigt praktisch alle Landesbünde, wobei sich die jeweiligen politischen Lösungsansätze mitunter deutlich voneinander unterscheiden.

Der Dienstrechtsausschuss ist ein verbandsübergreifendes Fachgremium, weshalb die Sitzung auch zum Austausch genutzt wird, etwa: Welche aktuellen dienstrechtlichen Themen beschäftigen die jeweiligen Verbände und welche Hürden bzw. welche Fortschritte gibt es beim Anbringen gewerkschaftlicher Themen? Auch werden ggf. verbandsübergreifende Lösungswege erarbeitet.



## Landesleitung zum Gespräch beim Finanzminister

Den Haushaltsentwurf mit den angekündigten Sparmaßnahmen will die Landesregierung im Dezember in den Landtag einbringen. Dennoch nutzten der Landesvorsitzende **Heini Schmitt** sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Julika Lückel**, **Christian Poplutz** und **Volker Weigand** einen lange vor dem Spardiskurs anberaumten Gesprächstermin bei **Finanzminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz**, um abermals die Empörung über die Verschiebung der zweiten Besoldungserhöhung im kommenden Jahr zu Gehör zu bringen. Heini Schmitt wies erneut darauf hin, dass durch die im Handstreich verschobene Erhöhung das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten in die Landesregierung langfristig zu Bruch gegangen sei.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++

## Werbung: Beiträge der HUK-COBURG steigen, aber nicht so viel wie bei anderen Anbietern

Viele privat Krankenversicherte werden in diesen Wochen über teils deutliche Beitrags-erhöhungen informiert. Kostensteigerungen in der medizinischen Versorgung, aber auch in den Tarifröhnen bedingen höhere Aufwendungen. Die HUK-COBURG, wird zum 1. Januar 2025 keine Erhöhung der Beiträge in der Krankenversicherung vornehmen. Gleichwohl wird auch sie im Laufe des Jahres 2025 an Anpassungen nicht vorbeikommen. Schon jetzt kündigt der Versicherer aber an, dass eine dann erforderliche Anpassung bei der HUK-COBURG Krankenversicherung deutlich geringer ausfallen wird und sich so bestehende Beitragsvorteile nochmals vergrößern werden. Aktuell wurde die HUK-COBURG von Focus Money im Beihilfetarifvergleich als Anbieter mit dem günstigsten Monatsbeitrag und der Bestnote „Hervorragend“ bewertet.

## Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

[🏠](#) | Mitgliedschaft & Service

### Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnort*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als*	
Bitte wählen Sie	

### Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

## Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

## Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

## Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung**, **Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

+++++

Neuer Job gesucht? Vielleicht öffnet sich die nächste Tür ja über das Karriereportal des Landes Hessen:

[https://karriere.hessen.de/?gad\\_source=1&gclid=CjwKCAjwouexBhAuEiwAtW\\_ZxyRDUN3hXBhSNUZxm5rVFPQtKnhjINpT6Cp8xv9vPBNUb1domfalMxoCu6QQAvD\\_BwE](https://karriere.hessen.de/?gad_source=1&gclid=CjwKCAjwouexBhAuEiwAtW_ZxyRDUN3hXBhSNUZxm5rVFPQtKnhjINpT6Cp8xv9vPBNUb1domfalMxoCu6QQAvD_BwE)

+++++

## Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de).



**dbb**  
**vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah



**dbb**  
**vorteilswelt**